

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Emmy Mitzew.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 23. Mai 1919. Nr. 122.

Bürgermeister Reumann empfängt nur an jedem Montag und Freitag von 9 bis 11 Uhr.

Die Frage der Errichtung eines Krematoriums. Str. Siegl berichtet in der heutigen Stadtratsitzung über das Projekt und die Vergebung von Arbeiten für die Erweiterung des Simmeringer Friedhofes, wofür ein Betrag von 30.000 K genehmigt wird. Die notwendigen Arbeiten und Lieferungen sind durch die ständigen städtischen Unternehmer auszuführen, bezw. im Wege freier Vereinbarung zu vergeben. Zu dem Berichte ergreift Str. Dr. Scheu das Wort und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über den Stand der Frage der Errichtung eines Krematoriums zu berichten. Hierauf und zum Gegenstande sprechen noch VB. Emmerling, sowie die Str. Breitner, Davád, Dr. Grün, Hellmann, Müller, Schmid und Vaugoin, worauf die Anträge angenommen werden.

## 2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 23. Mai 1919. Nr. 223.

Die Amtsvorstände bei VB. Winter. Unter dem Vorsitz des VB. Winter fand heute vormittags eine Besprechung der Vorstände jener Ämter statt, deren Aufgaben auch in den Wirkungskreis des VB. Winter fallen. Erschienen waren Stadtbauinspektor Dr. Goldemund, die Obermagistratsräte Dr. Winkler, Cruppenvorstand des Wohlfahrtsamtes, Schaufler, Leiter der Abteilung für Schulangelegenheiten, Oberstadtphysikus Dr. Böhm und die Magistratsräte Dr. Krzisch, Leiter der Abteilung für Armenwesen, Dr. Sagmeister, Direktor des Wohnungsamtes, Gold, Direktor des städtischen Jugendamtes, Jokl, Vorstand der Abteilung für Bürger- und Heimatsrecht.

VB. Winter entwickelte sein künftiges Arbeitsprogramm. Ihm werden alle Aufgaben zufallen, die die Gemeinde Wien auf dem weiten Gebiete der Volkspflege im weitesten Sinne zu erfüllen haben wird, Menschen aufzuzucht und Erziehung und Fürsorge, Vorsorgemassnahmen aller Art. Diese Gebiete sind heute so verwaltet, dass sehr oft die rechte Hand nicht weiss, was die linke tut. Dies ist schlecht. Wir müssen eine Organisation schaffen, dass sich die städtischen Ämter künftighin nicht gegenseitig bei der Erwerbung einzelner wichtiger Einrichtungen Konkurrenzieren, wie dies in der letzten Zeit leider wiederholt vorgekommen ist. Das werden wir am besten erreichen, wenn wir trachten, womöglich alle diese Ämter allmählich in einem Gebäude zu vereinigen, damit täglich Vorstandberatungen die Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen aufrecht erhalten können. Bei der Erwerbung solcher Räume müssen wir aber auch daran denken, dass die Beamten menschliche Unterkunft finden. Wir dürfen nicht vergessen, dass jeder Beamte den grössten Teil seines Lebens im Amte zubringt und dass ihm seine Arbeit dort nur dann freuen kann, wenn man ihm auch schöne Amträume gibt. Wir können von den Beamten nicht den Stadtpatriotismus begehren, wenn wir nicht auch an sie denken.

Diese Ausführungen des Vizebürgermeisters fanden die volle Zustimmung der anwesenden Beamten. Obermagistrat Dr. Winkler dankte dem Vizebürgermeister für die gegebenen Anregungen. Direktor Dr. Sagmeister erklärte auf einzelne vom Vizebürgermeister angeführte Fälle, dass er künftighin die Wohnungsforderungen von einzelnen Wohnhäusern dezentralisiert behandeln werde, alle Objekte aber, die als Ganzes für die Zwecke der Stadt Wien in Beschlag genommen werden sollen, wie Schlösser, Paläste etc. werde er zentral behandeln, damit auch die anderen Abteilungen ihre Wünsche bekannt geben können. Auch er begrüßte es gleich Dr. Winkler

freudig, dass es die Beamten in Zukunft in räumlicher Beziehung besser haben sollen. Ihm schloss sich auch Direktor Goldemund an, der noch hinzufügte, dass sich die Beamten in den städtischen Ämtern heute vielfach in der Arbeit mit Rücksicht auf die räumlichen Verhältnisse behindern müssen. Auch die Anregung des Vizebürgermeisters, dass den Beamten die mechanischen Hindernisse, möglichst durch Schaffung einer städtischen Autozentrale gemildert werden müssen, wurde begrüßt.

Der neue Stadtrat. Heute trat der neugewählte Stadtrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zu Beginn derselben begrüßte BGM Reumann die Erschienenen mit einer kurzen Ansprache, in der er ausführte: In dieser schweren Zeit, in welcher schwierige Aufgaben zu lösen sind, bedarf es auch Ihrer Mitarbeit damit zum Wohle unserer Bevölkerung alle Arbeiten und Aufgaben durchgeführt werden können, die sich als notwendig erweisen. Ich bin überzeugt, dass Sie alle mit jener Liebe an die Arbeit gehen werden, die es bewirkt, dass die Arbeit der einzelnen nicht schwer fällt, sondern als Pflichterfüllung betrachtet wird, die mit der Ausübung des Mandates verbunden ist. Wenn auch die nächsten Zeiten trübe sind und wir nicht wissen, wie sich die Lage der Stadt Wien gestalten wird, wenn wir auch keine Ahnung haben, was der Friede von Versailles uns bringen wird, eines ist sicher, wir alle müssen zusammenwirken, damit der Weiterentwicklung der Stadt Wien die Wege geebnet werden. Ich hoffe, dass der Stadtrat dieses Ziel nie ausser Auge lassen wird. Der Stadtrat ging sodann in die Beratung der vorliegenden Geschäftsstücke ein.

Die Fertigstellung unvollendeter Bauten. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Str. Siegl über die Fertigstellung unvollendeter Bauten der gemeinnützigen Ein- und Mehrfamilienwohnhäuser, Baugenossenschaft für Eisenbahner. Es handelt sich hierbei um den Neubau in der Engerthstrasse und in der Treustrasse im 20. Bezirk. Im ersteren werden 19 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche, 18 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche und 2 Wohnungen, bestehend aus Kabinett und Küche im zweiten mehr als 30 grössere Wohnungen, 2 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Küche und Vorzimmer und 2 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, sowie 2 Werkstätten zur Verfügung stehen. Nach einer längeren Debatte wird der Antrag des Berichterstatters wonach die Gemeinde Wien die sie betreffende Hälfte des verlorene Bauaufwandes von rund 1 1/4 Millionen Kronen übernimmt angenommen.

## Die Verringerung der Kohlenvorräte der städtischen Gaswerke

BGM Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die immer trostloser werdende Versorgung der städtischen Gaswerke mit Kohle, wobei er besonders darauf hinwies, dass der Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke auf 1/8 des Vorrates vom Oktober v. J. gesunken sei. Die gefährliche Lage macht neuerliche energische Schritte zur Vermehrung des Kohleneinlaufes notwendig. Nach einer langen eingehenden Wechselrede wurden Anträge angenommen, die darauf abzielen, beim Staatsamt für öffentliche Arbeiten und beim Staatsamt des Auslandes abwärts Vorstellungen zu erheben, um mit allergrösster Beschleunigung Massnahmen zur stärkeren Belieferung der Gaswerke von diesen Ämtern zu erwirken. Ein Zusatzantrag des Str. Breitner, dass der Gemeinde Wien bei den Friedensverhandlungen eine besondere Vertretung gewährt werde und dass ausserdem gewählte Vertreter der Gemeinde Wien Verhandlungen mit den Regierungen von Deutschland, Polen und der tschechoslovakischen Republik einleiten sollen, wurden ebenso, wie eine Anregung des VB. Hoss, der eine Verständigung der Ententevertreter in Wien durch eine die Not der Gaswerke schildernde Denkschrift beantragte, angenommen.

Amerikanische Kinderhilfsaktion. Am Montag, 26. ds. Mt. wird durch vier weitere Mägen die Beheizung schulpflichtiger Kinder mit amerikanischen Lebensmitteln erweitert werden. An diesen Tage beginnt

die Kinderküche 2. Bezirk Angarten für 300 Kinder aus dem 2. Bezirk, die Kinderküche 11. Bezirk Mollitorgasse 13 für 200 Schulkinder aus dem 3. Bezirk und 100 aus dem 11. Bezirk, die Kinderküche 12. Bezirk Schloß Schönbrunn für 500 Kinder aus dem 13. Bezirk mit der Beheizung.

Der Bezirksjugendante III. Bezirk Hauptstrasse 26 begeben die schon angemeldeten Kinder am Samstag 24. ds. Mt. die Speisekarten und zwar die im II. Bezirke wohnhaften vormittags zwischen 9 und 12 Uhr, die Kinder des III. Bezirkes zwischen 12 und 2 Uhr, und die Kinder des 11. Bezirkes zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags. Die Kinder des 13. Bezirkes begeben ihre Speisekarten am selben Tage im Bezirksjugendante 15. Bezirk Rosinagasse 4, Mag. Bezirksamt unter Beibringung des Einkaufsscheines und zwar haben Kinder mit den Anfangsbuchstaben A - G zwischen 9 und 11 Uhr, I - R zwischen 11 und 1 Uhr, S - Z zwischen 1 und 3 Uhr nachmittags zu erscheinen. Eine Erweiterung der Auspeisung in diesen Mägen ist im Laufe der kommenden Woche noch zu erwarten.

## Öbliche Redaktion

Bürgermeister Reumann und Vize-Bürgermeister Emmerling werden die Herren Kollegen morgen vormittags 10 Uhr empfangen.

Mit kollegialer Hochachtung

+ + +  
Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 23. Mai 1919.

Vorsitzender: BGM Reumann verliest den Spendeneinlauf. Gespendet haben: Herr und Frau Phillip Weiss für die Armen des 7. und 8. Bezirkes 1000 Kronen, Amalie Stühr für die Armen des 8. Bezirkes 400 Kronen, das

Rote Kreuz dem Kaiser Jubiläumsspital ein Wasserbett im Werte von 1500 Kronen. Ferner spendete Frau Sylvia Rohonczy geb. Schmerling für die städtischen Sammlungen 173 Ehren-diplome, Adressen etc., grösstenteils in reicher künstlerischer Ausstattung, ihres Vaters, des ehemaligen Staatsminister - Präsidenten Anton Ritter von Schmerling. Der Gemeinderat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das Staatsamt für soziale Verwaltung für den Betrieb des Waisenheimes in Steinklamm einen Betrag von 150.000 K bewilligt hat und spricht hierfür dem Staatsamte den wärmsten Dank aus.

BGM Reumann teilt sodann das Ergebnis der gestern vorgenommenen Wahlen in den Heimatsrechts- und Bürgerrechts-Ausschuss, in den Disziplinar-Ausschuss des Gemeinderates in den Bauordnungs-Ausschuss, in den Wohnungsfürsorge-Ausschuss und in die gemeinderätliche Personalkommission mit.

BGM Reumann: Es ist eine Rechtsverweigerung eingereicht worden die im Namen der deutsch bewussten Bevölkerung Wiens an den Gemeinderat gerichtet ist. Diese Rechtsverweigerung die ungemein umfangreich ist und nicht in die Kompetenz des Gemeinderates gehört, steht der Stadtwahlbehörde zur Entscheidung zu, wenn ein Protest dort eingebracht worden wäre. Wenn ich nicht desto weniger diesen Protest, der in einen Antrag ausläuft eine Untersuchungskommission einzusetzen, in den Bereich meiner Erläuterung ziehe, so will ich den Herren bekannt geben, dass ich diese Rechtsverweigerung dem Stadtrate vorlegen werde, der darüber eine Entscheidung treffen wird. Ich glaube das die Rechtsverweigerung damit einverstanden sein können.

Schriftführer Jenesch verliest den Eidlaut.

GR. Feldmann interpelliert unter Vorlage einer Probe, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um in Zukunft eine Zuweisung von solchem gesundheitsschädlichem Reis, der von der Entente zu hohen Preisen gekauft wird, hintanzuhalten. Weiters fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass bei Abschlüssen in Zukunft darauf Rücksicht genommen werden, dass die von der interalliierten Lebensmittelkommission zu liefernden Lebensmittel für den menschlichen Genuss geeignet sind, dass ferner Vorkehrungen getroffen werden, um gesundheitsschädliche Ware nicht zu übernehmen.

Bgm. Reumann überwiegt diese Interpellation auf die Probe des Staatsrat für Volksernährung übersteht. In allgemeiner Bemerkung aber, dass sich die Duschbecken der Entente im großen ganzen in gewaltigen Mengen betragen und dass es vorkommen kann, dass sich unter diesen Duschbecken befinden, die nicht in vollkommen einwandfreien Zustand sind. Im Großen ganzen sind die Lebensmittel aber in einwandfreie Zustände eingelangt und die Klagen die zu uns gelangen sind ganz geringfügiger Natur. Wir sind nun einmal auf die Wünsche der Entente angewiesen.

G.R. Gabriele Walter fragt ob der Bürgermeister geneigt sei Einfluss darauf zu nehmen dass alle in Betrach kommende/Schulkinder ohne Rücksicht auf Wohn- und Schulbezirk der amerikanischen Lebensmittelspenden teilhaftig werden.

Bgm. Reumann Es ist bereits alles vorgekehrt dass nicht nur Schulkinder, sondern Kinder aller Altersstufen ohne Rücksicht auf Wohn- und Schulbezirk der amerikanischen Lebensmittelspenden teilhaftig werden. Ich werde solange nicht unterlassen über diese Angelegenheit einen umfangreichen Bericht zu erstatten. Heute bemerke ich nur, dass in dieser Richtung die weitest gehenden Vorkehrungen getroffen wurden und dass nur diejenigen Kinder der Lebensmittelspenden teilhaftig werden die ihrer bedürftig sind.

GR. Dr. Kienböck richtet unter Hinweis auf die von den tschechischen Gemeinderäten gebrauchten Angelobungsworte „Sl'buji, Ich gelobe“ in der gestrigen Gemeinderatssitzung unter Heranziehung des § 67 und 68 des Gemeindestatutes an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, mit Rücksicht auf die gestrigen Vorkommnisse in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates und auf den § 23 Absatz 4 und 5 des Gemeindestatutes, die Ersatzmänner der tschechischen Gemeinderäte in den Gemeinderat einzuberufen.

Bgm. Reumann: Die Rechtsanschauung des Antragstellers bedarf, wie er wohl selbst zugeben dürfte, einer eingehenden und objektiven Nachprüfung. Mein Verhalten werde von dem Ergebnis einer solchen Nachprüfung abhängig machen. Ich werde in der nächsten Gemeinderatssitzung in eingehender Weise die Anfrage beantworten.

GR. Dr. Blaschke weist in seiner Interpellation darauf hin, dass vom ehemaligen Stadtrate 150.000 Kronen für Wettbewerbe bewilligt wurden zugänglich für Baukünstler deutscher Volkszugehörigkeit. Es würden also jüdische Baukünstler ausgeschlossen sein. Es wird gefragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, damit dieses Unrecht behoben und in unserer Stadtverwaltung, jede künftige Wiederholung solcher Rechtsbrüche verhindert werde.

Bgm. Reumann: Ich habe diese Anfrage erst jetzt bekommen ich konnte mich deshalb nicht über die Art der Preisausschreibung informieren. Ich werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Vaugoin beantragt den bis jetzt von den Angestellten des Lainzer Versorgungshauses, die dort mit dem Bezug der Lebensmittel rayoniert sind, eingehobenen 5 %igen Regie-zuschlag, aufzuheben.

GR. Döbner beantragt, die Sanitätsdiener, Krankenträger, Sanitätskutscher etc. in die Gruppe VI des Personalstandes der Angestellten der Gemeinde einzureihen.

GR. Doppler beantragt ferner die Zuerkennung der 30 jährigen Dienstzeit für das Sanitätspersonal.

GR. Vaugoin beantragt, anlässlich der Renovierung des Pavillon I des Wiener Versorgungshauses die Schaffung von Kleinwohnungen für Angestellte des Hauses.

GR. Vaugoin beantragt die Vorlage, betreffend die Abschaffung der bestehenden Misstände im Stenographenamte und die Regulierung der Bezüge der Mitglieder dieses Amtes durch die Personalkommission.

GR. Spalser stellt den Antrag, die in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates von Bürgermeister Reumann gehaltenen Antrittsreden in Wien plakattieren zu lassen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

G.R. Findenig welcher an Stelle des verstorbenen G.R. Henschauer einberufen wurde, leistet die Angelobung.

Es wird hierauf an die Eröffnung der Tagesordnung geschritten.

StR. Feigl berichtet über den Kollektivvertrag mit den Strassenbahnern, die Tarifierhöhungen und die in Aussicht genommenen Betriebsverbesserungen. Er erörtert in eingehender Weise die Bestimmungen des Vertrages und der Tarifierhöhung und sagt: Die Tarifierhöhung wird natürlich in der Bevölkerung nicht freundschaftlich geprüft werden. Sie werden aber zustimmen müssen, dass unmöglich ein so grosser Betrieb wie die Strassenbahn mit einem so ungeheuren Defizit weitergeschleppt werden kann. Ein kommunaler Betrieb ist gewiss nicht dazu berufen besondere Gewinne zu erzielen, und damit etwa den Stadthaushalt zu speisen, aber ebensicher ist, dass ein solcher Betrieb nicht aus Gemeindefmitteln gefüttert werden kann, sondern dass er zumindest so geführt werden muss, dass er seine Ausgaben zu decken in Lage ist, event. gewisse Reserven für Ausgestaltung und Verbesserungen u.s.w. aufzubringen. Wir können nicht sagen, dass wir durch die Tarifierhöhung den letztgenannten Bedingungen Rechnung tragen werden. Es wird nicht möglich sein, das auflaufende Defizit selbst mit dieser Tarifierhöhung zu decken. Ich gebe aber der Hoffnung Raum, dass es gelingen wird, durch Ausgestaltung des Betriebes einen Ausgleich zu finden und dass es gelingen möge, dass die Tarifierhöhung eine vorübergehende Episode bleibe und die gewiss hohen Tarife wieder herabgesetzt werden können.

Etwas verschönen mit der Tarifierhöhung wird die Aufhebung der bisherigen Einschränkungen des Betriebes, die heute im Stadtrat beschlossen worden ist. Ab 1. Juni wird der Verkehr in den Abendstunden um 1 Stunde verlängert, so dass die letzten Züge vom Ring nach den Aussenstationen um 11 Uhr nachts abfahren werden. Diese Massnahme ist dadurch möglich geworden, dass das Elektrizitätswerk soweit mit Kohle versorgt ist, dass der entsprechende Strom geliefert werden kann. Weiter sollen die Einschränkungen auf allen jenen Linien, welche in der Weise herbeigeführt worden sind, dass die Ausgangslinien gestutzt wurden, aufgehoben werden.

Ab 11. Juni sind nachstehende Verbesserungen im Verkehr durchzuführen: Die Wiederaufnahme des Verkehrs der Linien 4 und 34, der eingestellten Teilstrecken der Linien 6 und 7, die Führung sämtlicher Züge der Linie 37, 38 und 39 zu den Endstationen, die Führung der Linie 10 von der Penzingerstrasse bis Habiggasse, die Führung eines Teiles der Linie 49 vom Baumgartner Spitz bis Hütteldorf, die Führung der Linie 60 von der Winkelmannstrasse über die Mariahilferstrasse zum Hochstrahlbrunnen nach Beendigung der betreffenden Rekonstruktionsarbeiten, die Führung der Linie H2 während der Sommermonate von der Sophienbrücke bis zur Hauptallee, die Führung der Linie 157 während der Sommermonate vom Sechshausergürtel bis zur Verbindungsbahn und die Führung der Linie 58 und 59 nach Fertigstellung der Gleisarbeiten in der Tegethoffstrasse und am Neuen Markt zum Neuen Markt. Ausserdem soll die Direktion beauftragt werden, Berichte vorzulegen, in wie weit eine Verdichtung des Verkehrs, eine Wiederherstellung aufgelassener Haltestellen und der Ausbau der Linien in den äusseren Bezirken möglich ist.

Die Regulierung der Lohnbezüge ist eine Naturnotwendigkeit geworden, weil ein Auslangen mit den jetzigen Bezügen nicht möglich war. Die Tarifierhöhung ist die notwendige Konsequenz der Lohnerhöhung, aber auch der Erhöhung aller Preise für Materialien und Bedarfsartikeln, welche die Strassenbahn zur Fortführung des Betriebes bedarf. Es wird uns nichts übrig bleiben, als in den sauren Apfel zu beissen und die Tarifierhöhung zu beschliessen, um den Betrieb der Strassenbahn nicht absolut passiv werden zu lassen. Hoffentlich gelingt es, mit den veranschlagten Erhöhungen das Auslangen zu finden, damit wir nicht mit neuen Erhöhungen, sondern mit einem Abbau der erhöhten Tarife in Zukunft rechnen können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Vaugoin: weist darauf hin, dass er vor ungefähr 4 Wochen über der Gehaltsregulierung der städtischen Angestellten referiert habe, er wolle nicht dagegen Stellung nehmen, dass eine Lohnregulierung der Strassenbahnbediensteten vorgenommen wird. Wogegen er sprechen müsse, ist der Umstand dass bei den Verhandlungen eine ganz bedeutende Minorität von Angestellten einfach nicht gehört worden ist und nicht gehört werden durfte ( Rufe bei den Christlichsozialen: Hört!) Redner weist darauf hin, dass er einen Antrag gestellt habe, dass die Gewerkschaften nach dem Propere den Verhandlungen beizutreten seien. In diesem Zusammenhange habe ein Vertreter der Arbeiterschaft erklärt, dass er diese Forderung für gerecht finde ( GR. Untermüller: Das ist eine Komödie!) Der Beschluss aber lautete dahin, die Minorität zu den Verhandlungen nicht zuzulassen (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Das ist die Freiheit!) Diese Art der Verhandlungen bringen es mit sich, dass sich in der heutigen Sitzung eine längere Debatte entspinnen wird und dass Redner gegen die Vorlage spreche. Redner wendet sich dagegen, dass eine gewerkschaftliche Minderheit in den städtischen Betrieben von Lohnverhandlungen ausgeschlossen ist. ( Rufe bei den Christlichsozialen: Hört, Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten: Wie war es denn früher! Rufe bei den Christlichsozialen: Sie sollen es doch besser machen!) Als Folgerung der einseitigen Abmachungen zeigen sich gewisse terroristi-

sche Vorgänge, die vorgekommen seien. Redner betont, dass die Christlichsozialen fest entschlossen seien, für die christlichen Gewerkschaften einzutreten ( Rufe bei den Christlichsozialen: Bravo!) und dass die Sozialdemokraten die christlichsozialen Gemeinderäte nicht mundtot machen können. ( Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!) wenn auch die Gewerkschaften mundtot gemacht würden. Wenn die Wahrheit in Saale eine ruhige Verhandlung wolle und die Christlichsoziale Minderheit als Arbeitspartei in Saale mit eintrete, dann müsse der Weg der Gleichberechtigung geschritten werden. Der zweite Punkt gegen den sich GR. Vaugoin wendet, ist die Form des Vertrages als Kollektivvertrag. Wenn auch ein solcher Vertrag das Recht des Arbeiters habe und er mit den Beamten auf eine Stufe gestellt werde, so betont Redner demgegenüber, dass die Bediensteten der Gemeinde Wien formal Beamtencharakter haben (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Die Strassenbahnbediensteten besitzen in Bezug auf das Definitivum und die Pensionberechtigung Beamtencharakter der Kollektivvertrag sei auch diesem unannehmbar, weil er die Errungenschaft der städtischen Bediensteten in idealer Hinsicht rechtlich in Frage stellt.

Mit dem Kollektivvertrag sind nicht bloss Bedienstete, welche unserer Partei angehören nicht zufrieden, sondern auch solche, die in ihren Reihen stehen. Insbesondere die Unterbeamten haben sich dafür anfangs einmütig eingesetzt, dass sie in das Gehaltsschema der Beamten und Bediensteten eingereiht werden und erst später - offensichtlich durch irgen einen Zwang - haben sie sich für den Kollektivvertrag erklärt. Unbedingt muss aber verlangt werden, dass der § 71 der Dienstordnung über die Koalitionsfreiheit in den Kollektivvertrag hineinkommt. Redner stellt sodann eine Reihe von Zusatz- und Abänderungsanträgen, welche wie er sagt, sowohl im Interesse der Bediensteten, als auch in jenen der Gemeinde Wien liegen.

Der Redner kommt nun auf die Fahrpreiserhöhung zu sprechen. Sie sei die exorbitanteste, die jemals vorgekommen sei. Seine Partei wolle die Fahrpreiserhöhung nicht rundweg ablehnen, da es doch eine Demagogie wäre, einerseits eine Besserstellung der Bediensteten zu bewilligen, andererseits die Bedeckung abzulehnen. Es wäre zu überlegen, ob der ganze Mehrbetrag durch die Fahrpreiserhöhung hereingebracht werden müsse, oder ob nicht vielmehr eine grosse Anleihe aufzunehmen wäre, da es doch ausgeschlossen sei, dass die jetzige Generation alle Lasten des Krieges auf sich nehmen kann.

Tenn schon eine Erhöhung der Fahrpreise Platz gräbt, so kann die Bevölkerung mit Recht verlangen, dass eine Verbesserung des Verkehrs durch eine Verdichtung eintritt. Der Redner bittet schliesslich um die Annahme seiner Anträge und bittet insbesondere, bei künftigen Verhandlungen mit den Bediensteten auch die Minoritäten zu berücksichtigen damit die Gemeinderatsminderheit in die Lage komme, wirkliche Arbeit leisten zu können und nicht in die Opposition treten zu müssen.

Vize-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Machats begrüsst namens der Tschecho-Slowaken das Einkommen mit dem Verbands der Handels-Verkehr- und Transportarbeiter und die Abschaffung des Trinkgeldes auf der Strassenbahn. Wenn man in Wien Trinkgeld gibt, heisst man Euer Gnaden, wenn man keines gibt Schutzian.

GR. Kunschak, Das passiert einem sogar am Lobkowitzplatz!

GR. Josef Müller: Ich werde Ihnen dann etwas von der tschechischen Gesandtschaft erzählen!

GR. Machats: Das sind Wiener Leute!

GR. Bummelhardt: Haben Sie noch meinen Böhmen gesehen, der kein Trinkgeld genommen hat! (Stürmische Heiterkeit)

GR. Machats: Die einen nehmen Provision, die anderen Trinkgeld. Die Erhöhung der Tarife ist noch im alten Stadtrat beschlossen worden. Ich erblicke darin ein Stück jesuitischer Heuchelei, welche hier betrieben wird (Lebhafte Heuchelei)

GR. Untermüller: Das haben ihn die Genossen aufgeschrieben!

GR. Machats (sich zu GR. Untermüller wendend): Bei den Christlichsozialen sind solche Trottel, aber bei uns nicht! (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Das lassen wir uns nicht gefallen! Das ist eine Fröchheit!)

GR. Doppler: Solch frache Pöbelkain lassen wir uns nicht gefallen.

GR. Klimesch: Er wurde Sa. Karl zugerufen. Das lassen wir uns auch nicht gefallen.

Vize-Bgm. Emmerling: Es wird mir mitgeteilt, dass GR. Machats erklärt hätte, dass die Christlichsozialen oder einer der Herren Trottel sein: Ich weise diesen Ausdruck zurück. (Rufe bei den Christlichsozialen: Disziplinarausschluss!) Es entspricht nicht der Würde dieses Hauses solche Ausdrücke gebrauchen und ich rufe Herr GR. Machats zur Ordnung. Es wird mir weiter mitgeteilt, dass das Wort „Sa. Karl“ gefallen ist. Ich rufe auch diesen Herrn zur Ordnung. Ich ersuche Herrn GR. Machats fortzufahren, wobei ich ihn aufmerksam mache, dass er sich wohl Notizen bedienen kann, dass es aber nach unserer Geschäftsordnung dem Gemeinderate nicht zusteht, eine Rede abzulesen.

GR. Klimesch: Wir werden also tschechisch sprechen (Rufe bei den Christlichsozialen: Wenn er nicht deutsch kann, bleib zu Hause)

Vize-Bgm. Emmerling: Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten, die Sie auch gleichzeitig mit Ihrem Gehörnis anerkannt haben.

GR. Machats weist auf den Ausspruch Dr. Luogers „Lasst's mir meine Böhmen in Ruhe! hin und knüpft daran die Erwähnung, dass es häufig vorkommt, dass tschechische Fahrgäste auf der Strassenbahn insuliert werden. Redner sagt, dass die Christlichsozialen Herrschaften dem Strassenbahnern Hungerlöhne zahlen (Rufe bei den Christlichsozialen: Sie werden sie besser zahlen! Rufe bei den Tschechen: Ja Wahrheit tut weh!) Mit Streiks mussten die Strassenbahnern bessere Löhne erzwingen (Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist doch ein Unsinn! Rufe bei den Deutschen: Das können Sie in Časlau erzählen!) Die Christlichsozialen haben Wien an den Rand des Abgrundes gebracht. (Rufe: Aber geh! Er liest schon wieder!) Die Christlichsozialen glauben mit der Abschaffung des Trinkgeldes die demokratische Gesinnung zu zeigen. Wir fordern, dass bei den Strassenbahnen in Zukunft Leute ohne Rücksicht auf Nation und Religion aufgenommen werden.

Machats beendet seine Rede in tschechischer Sprache, was einen neuerlichen Sturm mit Tausend Rufen und Hinaus mit ihm! Stopft ihm den Mund hervorruft.

GR. Vavrousek ruft: Wie Sie uns behandeln, so werden auch die Deutschen in Prag behandelt werden. Darauf können Sie sich verlassen.

GR. Kunschak betont, dass man von ihm nicht erwarten solle, dass er auf die Ausführungen des Vorredners eingehen werde. Denn dieser Sprache könne sich kein Angehöriger des deutschen Volkes bedienen (Rufe: Sehr richtig!) Er überlasse es dem tschechischen Volke, sich mit welchen Vertretern selbst auseinander zu setzen.

Redner weist darauf hin, dass der in Rede stehende Vertrag an Oberflächlichkeit des Konzeptes und der Technik leide (GR. Forstner: Im Stadtrat haben ja Sie die Majorität gehabt (Ruf bei den Christlichsozialen: Wir haben dagegen gestimmt). GR. Kunschak: Herr GR. Forstner: Sie könnten wissen, dass wir den Vertrag nur zur Kenntnis genommen haben. Redner bemängelt, dass Lohnschema, das darauf ausgeht, alle Arbeit gleich zu bewerten. Gleich darauf werde aber der Unterschied in der Bewertung der einzelnen Arbeitsleistungen, zwischen qualifizierten Arbeitern und Hilfsarbeit-

tern gemacht. Diese Unterschiede seien mit einer gewissen Absicht gemacht. Die einzelnen Arbeitsleistungen müssen nach ihrer Qualität gewertet werden und nach ihren Anforderungen, die sie an Geist und Körper stellen. Redner weist auch darauf hin, dass nach dem neuen Vertrag ein Hilfsarbeiter höhere Bezüge habe als ein Fahrer oder Schaffner.

Er betont auch, dass den Fahrern die Fahrerszulage genommen werde, auf der sie seit jeher bestanden haben und über die auch in dieser Saale mit der jetzigen Majorität Verhandlungen gepflogen wurden. Redner weist darauf hin, dass nach einer dreissigjährigen Dienstzeit ein Hilfsarbeiter ein um 5266 Kronen höheres Einkommen habe, als der Fahrer- (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört!) Redner glaubt, dass ein Fahrer in seiner Arbeitsleistung doch gleich bewertet werden müsse, als ein qualifizierter Hilfsarbeiter und betont, dass auch die Sozialdemokraten dies nicht verkennen können, und doch haben die Hilfsarbeiter um 17100 Kronen Mehreinkommen, während einer dreissigjährigen Dienstzeit als die Fahrer und Schaffner. (Hört, Hört!)

Dieser Zustand wäre, wenn Sie ihn wirklich beschliessen, unhaltbar; Sie lösen zweifellos eine sehr leidenschaftliche Bewegung unter den Fahrbediensteten auf neue aus. Ich will bei meinen Anträgen nicht lizitieren, sondern beschränke mich auf die Herstellung des früheren Zustandes und beantrage: Die Löhne der Chauffeure, Fahrer und Heizer im Dampfbetrieb, um je 60 Heller, die der Schaffner, Futscher und Bürodienner um je 30 Heller gegenüber ihrem Schema zu erhöhen. Es soll auch die Fahrzulage, die die Leute bisher gehabt haben, für die sie immer gekämpft haben, deren Erhöhung Sie selber gelegentliche des Streikes in dem Memorandum Ihrer Organisation gefordert haben, den Bediensteten wiedergegeben werden. Ich stelle den Antrag: Die Fahrer erhalten an jedem Tage, an welchem sie Fahrdienst leisten, eine Zulage von 2 Kronen (Fahrerszulage). Ein zweiter Mangel betrifft die Behandlung der Pensionsfrage. Sie wird zwar nicht endgültig gelöst, aber in einem wichtigen Punkte wird der kommenden Entscheidung des Gemeinderates bindend vorgegriffen. Durch langjährige Bemühungen der Fahrer ist es gelungen, das ihnen zu den 2 1/2 %, welche den Schlüssel zur Berechnung ihrer Pension bilden, aus Betriebsmitteln 0 1/2 % zugesprochen werden. Praktisch hatte das die Wirkung, dass alle, welche nur nach dem Pensionsnormale behandelt werden, eine 35 jährige Dienstzeit, die Fahrer eine 30 jährige haben. Sie führen im allgemeinen eine 30 jährige Dienstzeit ein. Die Wagenführer sagen sich, wenn die anderen alle gewinnen, so liegt in dem Gewinn der anderen für sie ein Verlust, weil sie bisher hinsichtlich der Pensionierung besser behandelt worden sind. Die Unterscheidung in der Behandlung bei der Pensionierung haben Sie überall wo es feste Pensionsnormen gibt. Dass die Arbeitsleistung des Fahrers eine die Kräfte weitaus mehr verzehrende ist, ist anerkannt. Ich verweise auch auf die Stellung der Lokomotivführer bei den Bahnen. Dass wir nicht mehr Unglücksfälle in Wien haben, dass wir sogar verhältnismässig wenige Unfälle haben, ist wirklich nur in der hohen Geschicklichkeit und in dem grossen Verantwortlichkeitsgefühl unserer Wagenführer begründet. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen)

Der Dienst wirkt so nervenzerstörend, dass der Gemeinderat einstimmig auch mit den Stimmen der damaligen Sozialdemokratischen Opposition beschlossen hat, den Fahrern eine um 5 Jahre kürzere Dienstzeit als den übrigen Bediensteten zu geben. Darauf erheben die Wagenführer auch jetzt Ansprüche. Ich stelle den Antrag: Der Gemeinderatsbeschluss vom 21. April 1911 findet auf die Fahrer keine Anwendung mehr, doch wird diesen jedes im Fahrdienst zugebrachte Jahr für die Pensionsbemessung anderthalbfach angerechnet. Ich bitte um Zustimmung zu den Abänderungsanträgen. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Skaret erklärt, er wolle nicht weiter draüber eingehen, wie die Arbeiter in den städtischen Betrieben von den Christlichsozialen behandelt worden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Beifall auf der Galerie) Vorsitzender GR. Emmerling ermahnt die Zuhörer, sich der Beifallsbezeugung zu enthalten.

GR. Skaret: Es ist gewiss ungebührig, wenn die Galerie sich dazu einmischt. Wir wollen keinen Beifall, wir tun was wir für recht und billig halten. Der Redner bespricht sodann die Haltung der Christlichsozialen hinsichtlich der Koalitionsfreiheit der Bediensteten. Es werde notwendig sein, eine Amnestierung zu erlassen, damit alle jene, welche unter ihrer Herrschaft aus dem Dienste entlassen wurden, weil sie ihrer politischen Ueberzeugung Ausdruck gaben, wieder anzustellen. Die Arbeiter mussten bei der Angelobung erklären, dass sie einer sozialdemokratischen Vereinigung nicht angehören und auch nicht in Zukunft <sup>nicht</sup> angehören werden. Ein Bediensteter erklärte einst dem Bürgermeister, er gehöre gegenwärtig keinem sozialdemokratischen Vereine an, er könne aber nicht versprechen auch in Zukunft einem solchen nicht anzugehören, er war kaum auf seinem Dienstorte angelangt, als er auch schon die Entlassung in Händen hatte.

GR. Kunschak: Sie machen das heute ebenso. Ein Bahnhofs Vorstand hat heute den Vertrauensmann des dritten Bezirks sich holen lassen und sagte zu ihm, suchen Sie um Ihre Versetzung an.

GR. Skaret: Die Sozialdemokraten haben sich durch diesen so viele Jahre in den städtischen Betrieben soviel zu erdulden gehabt, dass ich es manchen nicht verargen, wenn er sagt: Wenn Du nicht mit uns bist, dann bist Du gegen uns! Durch uns wird die Koalitionsfreiheit keine Schwierigkeit erfahren, die freie Meinungsäusserung darf nicht so verkümmert werden, wie es in diesem Saale freigewählten Gemeinderäten gegenüber der Fall war.

Sie haben <sup>auch</sup> immer das Wort Tschoslowken im Munde. Ich habe bei meinen Studien über die christliche Weltanschauung immer wieder gefunden, dass Sie und Ihre Handlungen nicht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. (Rufe: Sehr richtig) Der liebe Gott hat gewusst, warum er den Deutschen, den Tschechen und den Juden geschaffen hat und ich bin überzeugt, dass alle, die heute hier auf der Erde sind, Kinder Gottes sind. Sie haben keine Berechtigung deswegen, weil der eine für sein Volkstum eintritt, ihn anders zu behandeln, als Sie behandelt werden wollen. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.) GR. Kunschak ruft: Das war eine goldgeränderte Visitenkarte. Es war ein Fluch des alten Oesterreich, dass es immer Leute gegeben hat, die sich gegen die Machthaber, sondern unter sich und gegen sich gekämpft haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) GR. Kunschak ruft: Deswegen sich Euch ja doch die Tschechen durchgegangen. Rufe bei den Sozialdemokraten: Bei euch sind sogar die Deutschen durchgegangen. Rufe der Sozialdemokraten: Die reichen Juden zahlen aber noch immer in den christlichspzialen Wahlfond. GR. Rummelhardt: Wir sehen aber nichts davon. Dies wollte ich nur sagen, um darzutun, dass bei uns die freie Meinungsäusserung und das Koalitionsrecht keinerlei Beeinträchtigung erfahren wird. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das wird zur Kenntnis genommen.)

Was die Vorlage anbetrifft, so haben wir heute nur die Möglichkeit entweder die Strassenbahn aktiv zu machen oder wir begnügen uns mit der Aktivmachung auf eine Reihe von Jahren durch allmähliche Erhöhung der Tarife, oder wir nehmen eine Anleihe auf, wie GR. Vaugoin in seiner Rede durchlauchten liess und decken damit das Defizit. Aber die Wiener Bevölkerung hat schon genug Zinsenlast zu tragen. Wenn wir das so machen wollen, wächst das Defizit naturgemäss wieder. Wenn hier ein schwerer Fehler zu konstatieren ist, so liegt er nur bei der gewesenen Majorität im Gemeinderate. (Gelächter bei den Christlichsozialen). Aber auch mit dem neuen Tarifansätzen wird nicht das Auslangen gefunden werden und ich stimme mit dem Berichterstatter nicht überein, dass wir bei einer Verdichtung des Verkehrs in der Lage sein werden, erhöhte Einnahmen zu erzielen. Im Gegenteil, mit der Verdichtung des Verkehrs wird eine weitere Verschlechterung in den Bilanzen eintreten. Die Bevölkerung wird über die neuen Tarifansätze als ein Opfer auf sich nehmen müssen.

GR. Vaugoin: Das ist nicht möglich.

GR. Skaret: Aber das hätten doch Sie im alten Gemeinderate machen müssen.

GR. Vaugoin: Wir haben jede Tariferhöhung gegen Ihre Stimmung durchgeführt.

GR. Skaret: Sie hätten meine Herren von der christlichsozialen Partei die Tariferhöhung gemacht ...

GR. Vaugoin: ... wenn Sie uns zu den Verhandlungen gerufen hätten.

GR. Skaret: ... wenn Sie sich nicht vor den Wahlen gefürchtet hätten. (Zwischenrufe) So schwer, als dieses Opfer sein mag, welches wir der Wiener Bevölkerung auferlegen, niemand empfindet es schwerer als wir, bleibt uns, wollen wir die Gemeinde nicht in den Bankrott hineintreiben, nichts anderes übrig, als diese Vorlage anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Dr. Kienböck: Der Vertrag, den ich für eine sehr schlechte Arbeit halte, ist in mehreren Punkten mit Fehlern behaftet, die es uns unmöglich machen, für ihn zu stimmen. Er krankt in erster Linie daran, dass er ausschliesslich zwischen der Gemeinde Wien und dem Handels- und Transportarbeiterverband geschlossen werden soll. Es sind auch unter der sozialdemokratischen Partei eine ganze Reihe von Herren, welche es nicht gebilligt haben, dass man die christlichsozial organisierten Strassenbahner bei der Schliessung des Vertrages beiseite geschoben hat. Leider haben die rechtlich denkenden Herren nicht vermocht, in Ihrer Organisation und bei Ihren Parteigenossen mit ihrem Standpunkte durchzudringen. Unter diesen Umständen ist es uns ganz unmöglich, für den Vertrag zu stimmen. In zweiter Linie leidet der Vertrag an einem schweren Mangel in der Richtung, dass er zu wenig die Abstufungen unter den Arbeitern, Bediensteten und Angestellten berücksichtigt. Der Vertrag ist auch sonst in vielen Punkten vollkommen schlenderhaft abgefasst, er lässt viele Dinge ganz offen. Insbesondere ist es unerträglich, dass das Verhältnis dieses Vertrages zur Dienstordnung einerseits und zur Pensionskasse andererseits vollkommen ungeklärt geblieben ist. Dieser Kardinalfehler wird sich gewiss rächen. Wir können für die Vorlage nur dann stimmen, wenn jenen Abänderungsanträgen Folge gegeben wird, welche von uns vorgebracht worden sind. Was die Bedeckungsfrage anlangt, ist die Berechnung des Referenten eine zu optimistische.

Das Defizit, das durch die Regelung der Bezüge der Angestellten eintritt, darf doch wohl nur zu einem Teil durch die Erhöhung der Tarife gedeckt werden. Die Benützung der Strassenbahn ist eine Lebensnotwendigkeit gerade für die Fixangestellten und die Arbeiter, welche diese Mehrlasten nicht überwälzen können. Die Erhöhung in den Beantragten Masse kann aber auch deshalb nicht eintreten, weil die Bevölkerung einen derart hohen Strassenbahntarif nicht bezahlen kann. Es ist ein Optimismus, zu glauben, dass nur 10 % der Fahrgäste nach der eingetretenen Erhöhung der Fahrpreise abfallen werden. Es wird ein viel grösserer Prozentsatz sein, der erhoffte Erfolg der Erhöhung wird deshalb ausbleiben. Es wäre deshalb die Erhöhung der Tarife auf ein bescheidenes Mass herabzusetzen, der 60 Heller Tarif auf 50 Heller, der 80 Heller - Tarif auf 60 Heller und in entsprechender Weise auch die anderen Tarife und ebenso die Gebühren für die Zeit- und Betskarten.

Wir können also für die Erhöhung der Fahrpreise nur stimmen, wenn die Anträge des StR. Vaugoin hinsichtlich des Kollektivvertrages angenommen werden. Ist dies der Fall, dann werden wir auch für eine mässige Erhöhung der Strassenbahn nach den Anträgen, wie ich sie stelle, stimmen.

GR. Breitner erklärt, er wolle sich hauptsächlich mit der finanziellen Bedeckungsfrage befassen. Dass die Forderungen der Strassenbahngestellten bewilligt werden müssen, sei in der Not der Zeit begründet. Es könne sich nur darum handeln, die Bedeckung zu suchen. Die Gemeinderäte Vaugoin und Kienböck haben sich sehr wider-

sprochen. Der erstere bemerkte, dass ein Teil der Lasten auf die Zukunft überwält werden müssen. Dazu muss bemerkt werden, dass uns ja 30 Millionen Öhnedies schon fehlen und wenn diese Berechnung, wie Dr. Kienböck meinte, wirklich zu optimistisch ist, dann ist es ein noch grösserer Betrag, den wir auf die Zukunft überwälzen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich die Tramway in einem erbarmungswürdigen Zustande befindet sowohl was den Fahrpark und die übrigen Betriebsmittel, als auch was die Geleisebauten und die Hochbauten betrifft eine Schätzung der Strassenbahndirektion berechnet diese Kosten mit 120 Millionen Kronen und da die Reserven für diese Erneuerung nur 40 Millionen Kronen betragen, so haben wir eine weitere Belastung von 80 Millionen Kronen für die Zukunft. Es ist aber auch die Frage, ob es möglich ist, für den Zweck, den wir anstreben, die Erhöhung der Löhne, ein Anleihen aufzunehmen. Das geht einmal aber nicht mehr wieder und dann wird die Gemeinde Wien vor dem Bankrott stehen. Bedenken Sie doch nur den Finanzstand der Gemeinde. Für den 1. Juli sind die Gehälter für die städtischen Angestellten noch vorhanden, wir wissen aber nicht, woher wir das Geld am 1. August nehmen werden. In der Geschichte der Stadt Wien war ein solcher Zustand noch nicht vorhanden und auch in den schlechtesten Zeiten Wiens waren die Gehälter für 3 Monate gedeckt. Aber nicht bloss die Strassenbahnen sind passiv, sondern auch alle anderen Unternehmungen, das Gaswerk wird in dem Voranschlag 1919/20 mit einem Defizit von 67 Millionen Kronen abschliessen, wenn wir bei den bisherigen Tarifen bleiben. Noch im Februar wären wir mit einer Verdoppelung der Tarife ab gekommen, heute brauchen wir bereits eine dreifache Erhöhung des Gaspreises, wenn Einnahmen und Ausgaben sich decken sollen. Die Elektrizitätswerke sind in keiner anderen Lage. Am ersten Juli wird sich ein Fehlbetrag von ungefähr 120 Millionen ergeben, der im nächsten Jahre auf 340 Millionen Kronen steigen sein wird. Ich will nicht in den Fehler verfallen die Anleihen als schädigend hinzustellen, durch die ungeheure Wertsteigerung ist das städtische Eigentum in seinem Werte gestiegen, so dass man sagen kann, die Gläubiger der Gemeinde Wien brauchen kein Anlass zur Beunruhigung zu haben. Es muss aber auch einmal Schluss sein und eine geordnete Wirtschaft muss einkehren. Wenn sich die Sozialdemokraten in früheren Zeiten gegen eine Erhöhung der Tarife ausgesprochen haben, so ist dieses Vorgehen mit den heutigen Zeiten nicht mehr zu vergleichen. Damals sind die Erhöhungen als Einnahme benützt worden, und wenn sie dies, wo es sich bei den drei städtischen Unternehmungen um ein Defizit von 2 Millionen Kronen handelt, nur auf die Zukunft verlegen wollen, so ist dies eine Bankrottspolitik, die wir nicht mitmachen wollen. Wenn auch ein Umschwung bei den Sozialdemokraten eintreten sollte und sie sich verbluten sollte, so haben sie ja die Wähler nicht verloren, weil sie sie ja nie gehabt haben. Dann kommt eben das Chaos, das wir uns nicht wünschen. Wien wird in Zukunft die Hauptstadt eines kleiner Landes sein und sie wird eine Stadt der Arbeit sein müssen. Das wird nicht leicht sein und wird im Übergange in eine Reihe von Investitionen bedeuten. Was wir hier beschliessen, wird draussen keinen angenehmen Eindruck machen, da

wissen wir. Wir haben aber nicht gehofft, dass wir Wien in einer solchen Zeit übernehmen werden. Die Schuld und wem die Schuld beizumessen ist, darüber hat die Bevölkerung gesprochen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Die Schuld haben sie an dem Tage auf sie geladen, als der Chef ihrer Arbeit dem Kaiser dafür dankte, dass er den Krieg führte. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

GR. Angermayer: Was ist mit ihren Kollegen in Deutschland?

GR. Breitner: Die Sozialdemokratie ist international und das ist unsere einzige Hoffnung. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

GR. Angermayer: Aber eine sehr trügerische Hoffnung nach allem, was wir bis jetzt erlebt haben.

GR. Breitner: Gerade weil wir wollen, dass nicht ein Zusammenbruch komme und dass wir zu neuem Leben kommen, deswegen müssen wir alles aufbieten, um zu einer gesunden Finanzlage zu kommen. Es wäre der grösste Volksbetrug, wenn wir heute Tarife beschliessen würden, die um 10 Heller niedriger wären. Wir haben Vertrauen auf die Einsicht der Bevölkerung, die erkennen wird, dass diese Massnahme keine freiwillige ist, sondern dass sie aus aufgezwungen wurde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

5

GR. Feldman bezeichnet es als unnützlich, sich gegenseitig die Schuld an dem Defizit vorzuwerfen. Schuld sind die Verhältnisse gewesen, aber auch beide Teile. Man kann nicht immer für Forderungen eintreten und sich gegen diese Bedeckung stemmen. Die Preissteigerungen der letzten Zeit müssen zu denken geben. Die Erhöhung der Strassenbahntarife wird eine ganze Reihe von Lohn- und Gehaltsaufbesserungen wieder wettmachen und es werden neuerliche Lohn- und Gehaltsforderungen gestellt werden. Die fortwährende Preissteigerung ist nichts anderes als ein Mangel der Produktion. Der Redner beantragt schliesslich die Beibehaltung der alten Tarife für Kinderkarten, die Ermässigung der Frühfahrtspreise auf 30 h und der Hin- und Rückfahrtscheine auf 60 h, tritt für eine Verdichtung des Verkehrs, für die Anlage von Stock- und Industriegleisen zum Zwecke der Frachtabförderung ein und bittet um Führung verschiedener Linien nach beiden Seiten des Ringes.

Ueber Antrag des GR. David wird die Debatte geschlossen und die Wahl von Generalrednern genehmigt.

GR. Haider (Generalredner contra) betont, dass durch den einseitigen Vertrag dem im christlichen Eisenbahnverband organisierten Strassenbahnen bitteres Unrecht geschieht. Gegenüber einer Behauptung des StR. Weiglin Stadtrate, dass im christlichen Verbands nur 212 Strassenbahnbedienstete organisiert erscheinen, stellt er fest, dass heute noch über 1800 Strassenbahner dem christlichen Eisenbahnverband angehören (Beifall bei den Christlichsozialen) Hunderte von Strassenbahnbediensteten sind zugleich bei ihnen und in unseiner Verbände organisiert. Das müssen sie tun, weil sie bei der Weigerung, ihrem Verbände anzugehören, brotlos gemacht werden. (Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen) In den Bahnhöfen waren Zettel angeschlagen, dass die Christlichsozialen Strassenbahner die Entlassung zu gewärtigen haben, wenn sie nicht binnen 3 oder 8 Tagen dem sozialdemokratischen Verbände angehören. (GR. Frayer: Das ist die sozialdemokratische Brutalität!) Ein grosser Teil der Strassenbahner, auch der in ihrem Verbände organisierten, ist mit dem vorliegenden Vertrage nicht einverstanden. Es kann nicht den Interessen der Strassenbahner entsprechen, wenn ihre Lohnverhältnisse von Jahr zu Jahr geregelt und sie so von Jahr zu Jahr dem Belieben des Unternehmens ausgeliefert werden. Bei den Eisenbahnern ist der Standpunkt vertreten worden, dass man gegen die Stabilisierung des Personales Stellung genommen hat. Man wir keinen Strassenbahner einreden können, dass die Lösung der Lebensfrage durch etwas anderes günstiger ist, als durch das Definitivum.

Redner bespricht nun einzelne Punkte des Vertrages und stellt folgende Abänderungsanträge: Zu Punkt 3, die Professionsisten den Dampfbetriebe sind hinsichtlich des Lohnes mit den Arbeitern der Hauptwerkstätte gleichzustellen, zu Punkt 8, die Teuerungszulagen sollen analog den übrigen städtischen Bediensteten 200 Kronen monatlich und für jedes unversorgte Kind bis zum 18. Lebensjahre 50 Kronen betragen. Zu Punkt 17a: Bei der Verteilung der Weihnachtsremuneration darf nicht einseitig vorgegangen werden, es müssen auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften zugezogen werden, zu Punkt 20: den männlichen Kriegesauskämpfern, welche zur militärischen Kriegsdienstleistung einberufen waren, ist diese Zeit in den Dienst einzurechnen.

Auch muss sich der Gemeinderat endlich dazu entschliessen, allen städtischen Bediensteten das volle Koalitionsrecht zu gewähren (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist 20 Jahre nicht gesehen!) (Rufe bei den Christlichsozialen: Aber jetzt muss es geschehen, denn jetzt herrscht ein Terrorismus beschämender Art!) Redner stellt nachfolgenden Resolutionsantrag: Der Bürgermeister wird ersucht, allen städtischen Bediensteten offiziell zur Kenntnis zu bringen, dass ihnen aus der Zugehörigkeit zu einer nicht sozialdemokratischen Organisation kein Nachteil erwächst. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei den Christlichsozialen)

GR. Skaret hat darauf verwiesen, dass es unsere Partei durch Jahre hindurch unterlassen hat, so zu beschliessen, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse gefordert haben, ich gehe dies insoweit zu (Rufe bei den Sozialdemokraten: No also!) andererseits aber zugeben, dass im Interesse der Strassenbahnbediensteten alles geschehen ist, was getan werden konnte. Ich bitte sich nur

zu vergewissern, und es ist keine Verleumdung, Daten stehen mir zur Verfügung, dass der Arbeiterkonsumverein heute noch Wochenlöhne von 54 Kronen zahlt. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Eine Ausbeutung!) Das ergibt eine Summe von 116 Kronen im Monat. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das glauben Sie selbst nicht!) (GR. Untermüller: Zeigt ein Lohnstückchen vor.) Eldersch und Müller kommen zu heftigen Auseinandersetzungen. GR. Untermüller ruft: Ein Arbeitsloser hat mehr, als ein Angestellter bei einem Konsumverein) Verkäufer beim Konsumverein erhalten 72 Kronen, Verkäuferinnen 40 Kronen Wochenlohn (Pful: Rufe bei den Christlichsozialen), an dessen Spitze Eldersch steht. (GR. Untermüller: Und die sollen 60 h Fahrgeld zahlen!) In einer Versammlung des Konsumvereines, in der auch GR. Weigl anwesend war, verlangten die Angestellten höhere Löhne, die ihnen aber mit dem Bedenken nicht bewilligt wurden, dass dies die finanziellen Ergebnisse

des Vereines nicht gestatten. Das Begehren, dem Resolutionsanträge zuzustimmen, ist selbstverständlich. Ich bitte Sie nur noch, dass über den Terrorismus gesagt zu beherzigen und dafür zu sorgen, dass jedem Bediensteten die Koalitionsfreiheit voll und ganz bewahrt bleibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen)

BGM. Reumann (Generalredner pro) Im Laufe der heutigen Debatte hat man uns Sozialdemokraten wiederholt ein Tauschgeschäft angetragen. Es hat mich fast etwas semitisch angeheimelt, als von Seite der Antisemiten Geschäftsvorschläge gekommen sind. Die Herren werden unseren Anträgen zustimmen, wenn wir ihre Anträge annehmen. Auf Tauschgeschäfte gehen wir nicht ein. Wir handeln nicht, wir sind keine protokollierte Firma (Rufe bei den Christlichsozialen: Juden hätten Sie genug dazu!) Sie haben ja heute die Wandlung zum Judentum anschaulichster Weise vorgenommen.

Es ist mir auch so vorgekommen, als wenn ich Töne aus längst vergessenen Zeit hören würde und zwar von jeder Seite her, wo im Jahre 1900 von zwei Sozialdemokraten die dort ihre Sitze hatten, die Forderung erhoben wurde, Geben Sie Koalitionsfreiheit. Wir sind nicht müde geworden, diese Forderung im Jahre 1900 und von dann an von Jahr zu Jahr zu wiederholen. Die kompakte Majorität, die in diesem Saale gewesen ist, hat sich jedoch zur Koalitionsfreiheit nicht bekannt. Sie versähtete die Koalitionsrechte und legte diese Verachtung an den Tag, dass sie heute noch uns in allen Gliedern stecken. (Rufe: Sehr richtig! links) Wenn die Herren von drüben heute über den Terror der Sozialdemokraten klagten, dann muss ich ihnen sagen, dass Sie an ihre Vergangenheit sich erinnern müssen. Es bedarf nicht eines Antrages, um den sozialdemokratischen Bürgermeister an das Koalitionsrecht zu erinnern, denn solange ich in diesem Saale gesprochen bin, habe ich für dieses Recht gekämpft und wiederholt wurde mir aus diesem Anlass von der Disziplinarkommission der Finanzausschuss in diesem Saal gewährt. Kein Einläger Bediensteter wird unter dem Regime eines sozialdemokratischen Bürgermeisters genehmigt werden, weil er sein Koalitionsrecht ausübt. Wenn dieses Koalitionsrecht dazu führt, dass sich die eine oder andere Organisation fester schliesst und wenn durch diesen festern Zusammenschluss ein einzelner Antrünniger etwa sich beeugt fühlt, dann ist dies nicht das Ergebnis des Koalitionsrechtes, sondern die Ursache dieses engeren Zusammenschlusses. Und wenn diese Entschliessung dahin geht, dass die zusammengeschlossenen in ihren Werkstätten unter ihre Gleichartigen allein sein wollen, so haben wir auch dies zu respektieren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist die Freiheit!)

6

Wir wollen volles Koalitionsrecht, die Folgendes Koalitionsrecht sind nicht unsere Sache. Welche Entwicklung das Koalitionsrecht nimmt, das ist Sache der Koalitierten. In diese Sache reden wir nichts drin, wir massregeln niemanden wegen der Ausübung des Koalitionsrechtes. D

Der unmittelbare Vorredner der Vertreter von 125 Strassenbahnerinnen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) hat ausgeführt, dass jene Anträge, die von ihrer Partei gestellt wurden, angenommen werden müssen. GR. Kuneschak, der ja alle Phasen der Strassenbahnorganisation kennt, hat heute hier einen Antrag gestellt zu dessen Annahme man verleitet werden könnte, denn er hat etwas bestechendes. Wenn wir nicht jahrelange Erfahrungen hinter uns hätten, würden wir auf dieses Köderchen vielleicht sogar hineinfallen. Was Sie als einen der größten Nachteile der Vorlage bekämpfen, ist ein Vorzug der Vorlage. Die Gleichstellung aller Bediensteten ist ihnen nicht angenehm. Unser Ungleichheit sind die Strassenbahner immer und immer wieder aufs Neue verhetzt worden. Wenn hier gesagt wird, die Strassenbahnfahrer müssen einen größeren Lohn haben, als die Schaffner, weil ja der Dienst ein viel schwierigerer und verantwortungsvollerer ist, so muss ich Ihnen erklären, dass diese Verantwortung mit einer Erhöhung von 60 h pro Tag wohl nicht sehr gut bezahlt ist. Es wäre gefährlich, aus dieser Vorlage ein Stück herauszureissen und eine Abänderung zu genehmigen, weil die Gefahr vorliegt, dass infolgedessen die ganze Vorlage an den Stadtrat zurückgeleitet werden muss und dass neuerliche Verhandlungen stattfinden.

Die Strassenbahner können mit Recht fordern, dass das Wort, welches ihnen der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister gegeben haben, vollinhaltlich eingelöst wird. (Zwischenruf: Dann brauchen wir überhaupt keinen Gemeinderat, wenn keine Beratungen hier stattfinden dürfen!) Wir brauchen 125 Millionen Kronen zur Bedeckung der Forderungen. Das Ergebnis der Tarifabänderungen wird ungefähr 92 Millionen Kronen betragen. Wir haben also bei dem beantragten Tarif noch ein Defizit von 31 Millionen Kronen zu tragen. Nach dem Antrage Dr. Kienböck's würden die Tarife 59 Millionen Kronen abwerfen und wir hätten ein Defizit von 64 Millionen Kronen. Glauben Sie, dass die Gemeinde Wien in ihrer gegenwärtigen finanziellen Verfassung in der Lage ist, diese 64 Millionen Kronen in diesem einen Jahr wirklich zu tragen? Der Hauptvoranschlag für das Jahr 1919/20 wird einen Gebahrungsausgang von ca. 280 Millionen Kronen aufweisen. Wir haben eine Zahlung zu erwarten, die in diesem Jahre fällig wird. In unseren passivrückständen im kurrenten

Gemeindevermögen sind die Couponrückstände, sowie die sechs Monate nach Friedensschluss zu zahlende <sup>Merk</sup>/Vorschüsse enthalten; erstere betragen nach dem Friedenskurs 26 Millionen Kronen, letztere zum Kurs von 140 34,5 Millionen Kronen. Nimmt man für beide Rückstände die jetzigen Kurse, so ergibt sich ein Mehrerfordernis von 110 Millionen Kronen. Für dieses Mehrerfordernis wird im Hauptvoranschlag keine Vorsorge getroffen sein. Es ist also unerlässlich, dass der Betriebsabgang durch die Bewilligung der Forderung der Strassenbahnbediensteten einigermaßen gedeckt wird. Die grossen Unternehmungen der Gemeinde waren bereits am 30. April stark passiv. Für das Jahr 1918/19 ist die Strassenbahn mit 70, das Gaswerk mit 29, das Elektrizitätswerk mit 12 Millionen Kronen passiv. Für die Strassenbahn kommt noch die einmalige Ausgabe an Taxen von 40 Millionen Kronen. Im Jahre 1919/20 wird die Strassenbahn aller Voraussicht nach ein Defizit von 125 Millionen Kronen aufweisen. Wir müssen mit schwerem Herzen also der Tarifierhöhung zustimmen. Wir kennen genau ihre Tragweite. Wir empfinden es bitter schmerzhaft und haben uns zähneknirschend herbeilassen müssen, diesen erhöhten Tarif vorzuschlagen. Die vornehmste soziale Aufgabe des städtischen Verkehrswezens ist die, dass die Bewohner an der äussersten Peripherie rasch und billig in das Zentrum der Stadt befördert werden können.

Es sind diesem Uebereinkommen eine Reihe von Schönheitsfehlern nachgesagt worden. Die Herren, die selbst in christlichen Fachorganisationen stehen, verdammen es in Grund und Boden, dass die Gemeinde es endlich gelernt hat, das Uebereinkommen zwischen der Gemeinde und den Organisationen abgeschlossen werden. (Rufe: Einseitig) Glauben Sie, dass in einem Betriebe von 18.000 Personen Organisationen auch noch eine Rolle spielen? wie z. B. der eine Herr, der eine Organisation von 125 vertreten hat. Ihre Vertragsabschlüsse waren mehr als einseitig, die waren Diktate. Da hat es auf der einen Seite das Zuckerbrot von 20 h täglich und auf der anderen Seite die Peitsche egegeben. (Lebhafte Zwischenrufe) Das war der Vertragsabschluss einer glücklicherweise vergangenen Zeit und wir wüchsen im Interesse der Bediensteten, dass diese Zeit nicht wiederkomme. Trotzdem Sie heute davon gesprochen haben, dass im Verträge einmal vom Kollektivvertrag, das andere Mal vom Arbeitsvertrag und das dritte Mal vom Uebereinkommen gesprochen wird, werden die Bediensteten diesen feinen Unterschied gar nicht beachten und infolge dieses ungleichen Verhältnisses nicht etwa unpolitisch Ihre Organisation verlassen und zu den Christlichsozialen kommen und sagen: Herr wir können

das nicht vertragen, dass es einmal Kollektivvertrag, das andere Mal Arbeitsvertrag und das drittemal Uebereinkommen heisst. (GR. Zimmer: Herr Bürgermeister, das ist ein schlechter Witz!) Ihr geehrter Parteigenosse Kuneschak hat darüber gesprochen (GR. Karasiek: Das hat er nebenbei gesagt) Ich habe das auch nur nebenbei gesagt. Was für mich wichtig ist, ist, dass die Streikklänge, die da zu uns herüberklingen nicht gehört werden sondern dass jener Vertrag angenommen wird, welcher Ihnen vorliegt, denn wir können nicht anders. Sie, die da gestern eine fulminante Lobrede auf Ihren Bürgermeister gehalten haben, - und ich gestehe ganz offen, dass Bürgermeister Dr. Weiskirchner während der Zeit des Krieges aufreibende Arbeit geleistet hat - verraten heute denselben Bürgermeister, indem Sie das nicht akzeptieren, was unter seinem Vorsitz abgeschlossen worden ist, indem Sie ganz andere Verträge bringen und infolgedessen Ihren Herrn und Meister verraten.

Noch eines will ich nebenbei bemerken. Sie sagen, der Vertrag ist einseitig abgeschlossen. Man solches sich nicht in solchen Zwischenrufen ergehen, denn ihr Bürgermeister hat ihn akzeptiert. (Rufe bei den Christlichsozialen: Er musste!) Es ist gesagt worden, er musste und das ist es eben, was Ihnen unangenehm ist. Früher war es uns unangenehm, jetzt ist eine Änderung gekommen und das kränkt Sie bitter. Ich habe im Bezug auf die wenigen Ziffern nachgewiesen, dass wir auf einen Handel nicht eingehen können, so lieb es mir wäre, einmal ein Schachergeschäft in diesem Saale abzuschliessen. Ich muss verzichten darauf, auch auf die Gefahr hin, dass der vorliegende Antrag nicht angenommen wird. Im Stadtrate hat eine Reihe von Ihrer Partei für diesen vorliegenden Antrag gestimmt, es ist also eine Spaltung in ihren eigenen Reihen eingetreten. Ich gratuliere Ihnen zu dieser Kompaktheit, Sie sind auch angefressen von der Zeit. Es wird noch eine Zeit kommen, in der die verschiedensten Ansichten aus Ihrem Kreise auftauchen werden. Ich habe nur die eine Bitte, wenn Sie einst die Lage einsehen gelernt haben (Rufe bei den jüdisohnationalen: Die Herren meinen noch immer, dass man mit „Jud“ Wien retten könne.

BGM. Reumann: Regen Sie sich nicht auf, Sie wissen nicht, was in diesem Saale schon vorgegangen ist, sie sind ja heute die reinsten Waisenknaben gegen früher.

BGM. Reumann: ... dass es eine Notwendigkeit ist, längst Versäumtes nachzuholen und den Strassenbahnbediensteten zu geben, was ihnen gebührt. Darum müssen Sie die Vorlage akzeptieren. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten)

In einem eingehenden Schlussworte des Referenten beschäftigt sich dieser, StR. Weigl mit allen gestellten Abänderungs- und Zusatzanträgen, sowohl zum Kollektivvertrag, als auch zur Tarifierhöhung. Er erklärt, dass er gegen den Antrag, betreffend die Koalitionsfreiheit, nichts einzuwenden habe, ersucht diesen Antrag dem Stadtrate zuzuweisen, verlangt aber, dass alle ~~anderen~~ anderen Anträge abgelehnt werden und sowohl der Vertrag, als auch der Tarif in der vorliegenden Fassung zum Beschluss erhoben wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten)

Bei der Abstimmung werden mit Ausnahme des Resolutionsantrages Haider, der genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet wird, sämtliche Abänderungs- und Zusatzanträge mit den Stimmen der Majorität abgelehnt.

Demit ist sowohl der Kollektivvertrag, als auch die Erhöhung der Strassenbahntarife, sowie die Verbesserung des Verkehrs zum Beschluss erhoben.

Die Erhöhung der Einzelfahrscheine tritt am 11. Juni, die Erhöhung der Monats- und Netzkarten am 2. Juli in Kraft.

Der vom Gemeinderat Untermüller, der nicht mehr zum Worte gekommen war, gestellte Antrag, den Besitzern von Schrebergärten Fahrscheine zu 30 h zur Verfügung zu stellen, wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

VB. Emmerling schliesst sodann nach 11 Uhr nachts die Sitzung mit einem Danke an die Referenten und allen Mitarbeitern, die dazu beigetragen haben, dass das Dienst- und Arbeitsverhältnis der Strassenbahner so geregelt worden ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Gallerie.)